



Moderierter Programmdialog zur Weiterentwicklung des Berliner Aktionsplans zur Einbeziehung ausländischer Roma

3. Online-Dialogveranstaltung 2024:
Digitale Unterstützung und Teilhabe

13. Dezember 2024, 10:00 – 13:00 Uhr

Moderation: Dr. Anne von Oswald und Annalena Piper,
Minor – Wissenschaft Gesellschaft mbH

Annalena Piper, Dezember 2024

Der Programmdialog setzt sich aus Dialogveranstaltungen im Zeitraum von 2020 bis 2025 zusammen und wird im Zuge der Weiterentwicklung des Aktionsplans zur Einbeziehung ausländischer Roma umgesetzt.

Mit dem Programmdialog sollen insbesondere drei Ziele, die während der Evaluation der Jahre 2018/19 als zentrale Handlungsfelder identifiziert wurden, verfolgt werden:

1. Die Gewährleistung eines regelmäßigen Austausches mit dem Ziel einer stärkeren Zusammenarbeit von Verwaltung und Trägern, v. a. Roma-Organisationen, wobei die Bedarfe zur Weiterentwicklung des Programms fortlaufend festgehalten und in den Dialogveranstaltungen berücksichtigt werden. Dabei sollen auch derzeit nicht geförderte Berliner Roma- und Sinti- Organisationen aktiv mit eingebunden werden.

2. Fortlaufende Professionalisierung der teilnehmenden Projekte bzw. der Projektmitarbeitenden sowie von beteiligten Verwaltungsmitarbeitenden durch integrierte Fortbildungen in den Dialogveranstaltungen: Es geht dabei u. a. um den Ausbau von Expertise und Kompetenzentwicklung in den Themenfeldern der migrationsbezogenen, interkulturellen Sozial- und Beratungsarbeit und ihrer digitalen Ergänzung und Erweiterung; mit besonderem Blick auf die Zielgruppe des Aktionsplans.

3. Die nachhaltige Vernetzung der geförderten Projekte mit einschlägigen Berliner Antidiskriminierungsprojekten zwecks Fachwissen, Verweisberatung, Erfahrungsaustausch und Zusammenführung der Fallmeldungen.

Gefördert von

Senatsverwaltung
für Integration, Arbeit
und Soziales



Inhalt

1. Anna Hampel, <i>Minor Projektkontor für Bildung und Forschung</i> : Arbeit über digitale Plattformen – zwischen Teilhabe und Prekarität	1
Fragen und Diskussion.....	2
2. Dr. Moritz Mutter, <i>Verbund der Öffentlichen Bibliotheken Berlins (VÖBB)</i> : Die digitalen Angebote des VÖBB	2
Fragen und Diskussion.....	2
3. Erfahrungen mit aufsuchender digitaler Beratung	3
3.1 Mihai-Alexandru Andrei, <i>Minor Projektkontor für Bildung und Forschung</i> : Der Digital-Streetwork-Ansatz in den Modellprojekten Social Media Streetwork und Social Media Bridge	3
Fragen und Diskussion.....	4
3.2 Alina Bolotskykh, <i>Minor Projektkontor für Bildung und Forschung</i> : Virtuelle Tour durch die aufsuchende digitale Beratung für ukrainisch- und russischsprachige Geflüchtete.....	4
Fragen und Diskussion.....	4

1. Anna Hampel, *Minor Projektkontor für Bildung und Forschung*: Arbeit über digitale Plattformen – zwischen Teilhabe und Prekarität

Anna Hampel, Leiterin des Projekts „[Chancengerechte Plattformarbeit](#)“ von *Minor Projektkontor für Bildung und Forschung*, spricht über Möglichkeiten und Herausforderungen im Zusammenhang mit digitaler Plattformarbeit. Das Projekt „Chancengerechte Plattformarbeit“ wird von der Stiftung Mercator gefördert und hat zum Ziel, die Arbeitsbedingungen, soziale Sicherung und Mitbestimmungsrechte von Plattformarbeiter*innen in Deutschland partizipativ zu verbessern. Digitale Plattformarbeit umfasst Erwerbstätigkeiten, die über digitale Plattformen vermittelt werden und bei der in der Regel automatisierte Entscheidungs- und Überwachungssysteme zur Anwendung kommen. Dabei werden einzelne Dienstleistungen an Arbeiter*innen vermittelt, die entweder selbstständig oder abhängig beschäftigt sind. Letzteres ist in der Regel im Bereich der Lieferdienste oder des Personentransports der Fall. Die Plattformbetreiber*innen stellen die benötigte Infrastruktur zur Verfügung und nehmen eine vermittelnde Rolle zwischen Plattformarbeiter*innen und Auftraggebenden ein. Grundsätzlich kann Plattformarbeit viele verschiedene Formen von Dienstleistungen umfassen wie beispielsweise Content-Produktion oder -moderation, Kurierfahrten, Essenslieferdienste, Personentransport, haushaltsnahe Tätigkeiten sowie Pflege und Betreuung.

Unterschieden wird hauptsächlich zwischen ortsabhängiger und ortsunabhängiger Plattformarbeit. Ortsabhängige Plattformarbeit wird zwar digital organisiert, muss aber an einem bestimmten Ort und teilweise zu einer bestimmten Zeit verrichtet werden. Ortsunabhängige Plattformarbeit hingegen kann überall dort verrichtet werden wo ein Internetzugang und ein digitales Endgerät vorhanden sind. Das wesentliche Merkmal digitaler Plattformarbeit besteht darin, dass Dienstleistungen über digitale Plattformen nach Bedarf organisiert und vermittelt werden, wobei automatisierte Entscheidungs- und Überwachungssysteme zur Anwendung kommen. Dabei werden unternehmerische Risiken häufig verlagert, da sich die Plattformbetreiber*innen in der Regel nicht als Arbeitgeber*innen, sondern als Dienstleister*innen verstehen. Dies führt zu finanzieller Unsicherheit und mangelnder sozialer Absicherung für Plattformarbeiter*innen. Zudem hat ihre fehlende Möglichkeit zur Vernetzung und der hohe Konkurrenzdruck untereinander zur Folge, dass sie keine gemeinsame Interessenvertretung bilden können. Darüber hinaus herrscht eine große Intransparenz über die Arbeitsbedingungen der digitalen Plattformarbeit. Ein Großteil der Plattformarbeiter*innen befinden sich in hybriden Erwerbs- und Beschäftigungssituationen und nutzen die Plattformarbeit als Nebentätigkeit. Diese Möglichkeit ergibt sich hauptsächlich aus dem hohen Maß an Flexibilisierung und niedrigen Zugangsvoraussetzungen.

Die Gründe, aus denen Menschen in die Plattformarbeit einsteigen sind in erster Linie Flexibilität und finanzielle Vorteile, unterscheiden sich allerdings je nach Art der Tätigkeit. In einer Befragung gaben dreizehn Prozent der ortsabhängig und acht Prozent der ortsunabhängig Beschäftigten an, Plattformarbeit aufgrund mangelnder beruflicher Alternativen zu betreiben. Diese Alternativlosigkeit ist auf Exklusionsarbeitsmechanismen am Regelarbeitsmarkt zurückzuführen, von denen besonders Menschen mit mangelnden Sprachkenntnissen, nicht anerkannten Qualifikationen, gesundheitlichen Problemen oder Betreuungspflichten betroffen sind. Die Einstiegsgründe unterscheiden sich auch nach Geschlecht und dem (Nicht-)Vorhandensein einer Einwanderungsgeschichte.

Grundsätzlich bietet die Plattformarbeit einen schnellen und niedrigschwelligen Zugang zu Erwerbsarbeit, der durch teilweise automatisierte Bewerbungsverfahren und niedrige Qualifikationsanforderungen gewährleistet wird. Dies ist insbesondere für Personen relevant, für die ein aufwendiger Bewerbungsprozess aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse, fehlender oder formal nicht anerkannter Qualifikationen und Diskriminierungsbefürchtungen mit Hürden verbunden ist. Auch die vermeintliche Anonymität auf den Plattformen und der geringere Kontakt zu Kolleg*innen und Vorgesetzten können

für Menschen mit Diskriminierungserfahrungen reizvoll sein. Dennoch ist Plattformökonomie kein diskriminierungsfreier Raum, da es sowohl durch Auftraggebende, Betreiber*innen und Algorithmen zu Diskriminierungen gegenüber Plattformarbeiter*innen kommt. Beispielsweise können algorithmische Entscheidungssysteme Diskriminierungsmuster reproduzieren, indem sie Datensätzen verwenden, die auf menschlichen (potenziell diskriminierenden) Entscheidungen basieren. Zudem mangelt es an Schutzvorrichtungen seitens der Plattformen sowie staatlichen Vorgaben und entsprechenden Regulierungen der digitalen Ökonomie.

Fragen und Diskussion

Wie äußern sich gesellschaftliche Machtverhältnisse im Rahmen der digitalen Plattformarbeit?

Digitale Plattformarbeit ist eine neue Form prekärer Arbeit, die gesellschaftliche Ungleichheiten reproduziert. Insbesondere die starke Vereinzelung der Plattformarbeiter*innen verhindert ihren Austausch und die Vernetzung untereinander, was das Fehlen einer Interessensvertretung zur Folge hat.

Was ist der aktuelle Stand der EU-Plattformarbeitsrichtlinie?

Die EU-Plattformarbeitsrichtlinie hat ein einheitliches Verfahren zur Statusfeststellung in der Plattformarbeit geschaffen, mit der insbesondere Scheinselbstständigkeit von Plattformarbeiter*innen entgegengewirkt werden soll. Zudem sieht die Richtlinie sichere Kommunikationskanäle vor, die eine Vernetzung der Plattformarbeiter*innen ermöglicht. Die EU-Mitgliedsstaaten haben ab dem Zeitpunkt der Verabschiedung im November 2024 zwei Jahre Zeit, diese in nationales Recht umzusetzen.

2. Dr. Moritz Mutter, *Verbund der Öffentlichen Bibliotheken Berlins (VÖBB)*: Die digitalen Angebote des VÖBB

Dr. Moritz Mutter ist Leiter der „[Digitalen Welten](#)“ des Verbunds der Öffentlichen Bibliotheken Berlins (VÖBB) und stellt deren digitale Angebote vor. Diese umfassen digitale Bücher, Magazine, Zeitungen, Hörbücher, Musik, Noten, Filme, Online-(Sprach-)Kurse, Informationsdatenbanken und Spiele. Die Nutzung der digitalen Angebote des VÖBB ist im Bibliotheksausweis enthalten, der regulär 10 Euro jährlich und ermäßig 5 Euro kostet. Für Empfänger*innen von Sozialleistungen und Personen unter 18 Jahren ist der Ausweis kostenlos.

Über die Plattform Overdrive stellt der VÖBB eBooks, eAudios, eMagazines und Comics unter anderem auf Deutsch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch zur Verfügung. Über den Pressreader können Nutzer*innen deutsche und internationale Tageszeitungen und Magazine lesen. Der Streamingdienst Filmfreund zeigt Spiel-, Dokumentarfilme und Serien in Originalsprache mit Untertiteln sowie in der deutschen Fassung. Die Anwendung Phase 6 ist ein digitaler Vokabeltrainer mit Inhalten unter anderem auf Deutsch, Englisch, Französisch, Latein, Spanisch, Italienisch, Niederländisch, Russisch, Türkisch, Chinesisch, Arabisch, Griechisch, Portugiesisch, Dänisch, Polnisch und Ukrainisch. Die Datenbank Statista ist eine Online-Plattform für Statistiken, Studien, Dossiers und Reports, die auf Deutsch, Französisch, Englisch und Spanisch verfügbar sind.

Fragen und Diskussion

Wie niedrigschwellig ist der Zugang zum Bibliotheksausweis?

Grundsätzlich ist eine deutsche Meldeadresse für die Anmeldung zum Bibliotheksausweis obligatorisch, die allerdings nur vor Ort überprüft wird. Geflüchtete sind von dieser Regel ausgenommen.

3. Erfahrungen mit aufsuchender digitaler Beratung

3.1 Mihai-Alexandru Andrei, *Minor Projektkontor für Bildung und Forschung*: Der Digital-Streetwork-Ansatz in den Modellprojekten Social Media Streetwork und Social Media Bridge

Mihai-Alexandru Andrei arbeitet bei *Minor Projektkontor für Bildung und Forschung* in der digitalen Beratung und stellt den Digital-Streetwork-Ansatz der Projekte „[Social Media Streetwork](#)“ und „[Social Media Bridge](#)“ vor. Digital Streetwork ist als Antwort auf das digitale Informationsverhalten von zugewanderten Menschen in Deutschland entstanden. Die aufsuchende digitale Beratung umfasst sowohl eine niedrigschwellige Erstberatung als auch eine Verweisberatung und ist damit eine Ergänzung zur Präsenzberatung. Dazu wird auf Sprach- und Communitykompetenzen zurückgegriffen und etablierte digitale Kommunikationsplattformen genutzt, auf denen eine proaktive Teilnahme an Diskussionen stattfindet. Die Beratung richtet sich an unterschiedliche Zielgruppen und dient in erster Linie zur Unterstützung bei der digitalen Informationssuche. Dazu gehört auch das Korrigieren falscher oder irreführender Informationen in den sozialen Medien. Zu Beginn der Beratungsprozesse werden relevante Fragen in den sozialen Medien identifiziert und im Anschluss daran qualitativ bewertet und gegebenenfalls recherchiert, bevor sie beantwortet werden. Zudem werden die Fragen empirisch erfasst und kategorisiert sowie die methodischen und inhaltlichen Erkenntnisse der Beratungsarbeit dokumentiert.

„Social Media Streetwork“ ist ein bundesweit ausgerichtetes Modellvorhaben im Rahmen des ESF Plus-Programms EhAP Plus – Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen, das von *Minor Projektkontor für Bildung und Forschung* gemeinsam mit der *Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) e.V.* umgesetzt wird. Die Beratung findet auf Englisch, Deutsch, Rumänisch, Kroatisch, Polnisch, Bulgarisch und Italienisch statt. Sie richtet sich an besonders benachteiligte neuzugewanderte Unionsbürger*innen sowie an wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen in Deutschland. Die digitale Beratung umfasst unter anderem die aufsuchende Erstinformation und Verweisberatung in den sozialen Medien, die Unterstützung besonders stark marginalisierter Communities sowie die Netzwerkarbeit im Rahmen des EhAP-Plus-Programms. Weitere Handlungsfelder sind die Social-Media-Analyse und das Monitoring, niedrigschwellige Informationsangebote und Informationskampagnen sowie Fachveranstaltungen, Schulungen und individuelle Unterstützung.

Zur Unterstützung benachteiligter neuzugewanderter Unionsbürger*innen findet eine Zusammenarbeit mit Administrator*innen, Moderator*innen und Social-Media relevanten Akteur*innen statt. Dies ermöglicht die communityorientierte Ansprache, den Vertrauensgewinn durch rechtssichere Beratung und offizielle Informationsvermittlung sowie regelmäßige Veröffentlichungen. Zur Unterstützung wohnungsloser beziehungsweise von Wohnungslosigkeit bedrohter Personen findet eine Zusammenarbeit mit zwei staatlich anerkannten Sozialarbeiterinnen der BAG W statt. Diese beraten auf Englisch und Deutsch zu vorhandenen Rechtsansprüchen und Hilfsangeboten bei (drohender) Wohnungslosigkeit. Die Themen zu denen am häufigsten beraten wird sind Wohnungsnot, -verlust und -suche, Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt sowie Ehe, Partnerschaft und Elternschaft. Insgesamt wurden im Zeitraum zwischen Januar 2023 und September 2024 etwa 11,2 Millionen Ratsuchende auf den Plattformen Facebook, Instagram, TikTok, Telegram und Mastodon erreicht.

Das Projekt „Social Media Bridge“ richtet sich an Geflüchtete in Deutschland und bietet digitale Beratung auf Arabisch, Persisch, Ukrainisch, Russisch, Englisch, Französisch, Türkisch, Kurdisch und Deutsch an. Die Beratungsarbeit umfasst die aufsuchende Erstinformation sowie (Verweis-)Beratung in sozialen Medien, die Unterstützung bei der Teilhabe am Arbeitsmarkt sowie Schulungen, Handreichungen und

individuelle Beratung. Die häufigsten Beratungsanfragen beziehen sich auf die Themen Arbeitsmarkt, Ausbildungsmarkt und Aufenthaltsrecht. Zwischen Januar 2023 und September 2024 konnten mehr als 11,5 Millionen Ratsuchende erreicht werden.

Fragen und Diskussion

Zu welchen Themen wurden Handreichungen entwickelt und wie sind diese zugänglich?

Die Handreichungen sind auf der Webseite der Projekte „[Social Media Streetwork](#)“ und „[Social Media Bridge](#)“ verfügbar. Sie thematisieren relevante Aspekte zum Aufbau einer Social-Media-Präsenz für Beratungsangebote, um eine effektivere Ansprache der Zielgruppe zu erreichen. Zudem enthalten sie Fallsammlungen aktueller Beispiele aus der Beratungsarbeit von „Social Media Streetwork“ und „Social Media Bridge“.

Bekommt ihr Rückmeldungen zu den Verweisberatungen?

Ratsuchende melden sich entweder über private Nachrichten oder in den Social-Media-Gruppen bezüglich der Verweisberatungen zurück und geben insgesamt ein positives Feedback.

3.2 Alina Bolotskykh, *Minor Projektkontor für Bildung und Forschung*: Virtuelle Tour durch die aufsuchende digitale Beratung für ukrainisch- und russischsprachige Geflüchtete

Alina Bolotskykh von *Minor Projektkontor für Bildung und Forschung* ist Beraterin im Projekt „Social Media Bridge“ für ukrainisch- und russischsprachige Geflüchtete. Diese stellen derzeit eine der größten migrantischen Communities in Deutschland dar, was die Relevanz der digitalen Beratung für diese Zielgruppe verdeutlicht. Alina Bolotskykh gibt anhand einer virtuellen Tour durch die aufsuchende digitale Beratungsarbeit einen Überblick über die wichtigsten Themen ihrer Arbeit.

Auf den Facebookseiten des Projekts „Social Media Bridge“ finden Ratsuchende grundlegende Informationen über die digitalen Beratungsangebote. Darüber hinaus hat jede*r Berater*in ein eigenes Facebook-Profil, das ebenfalls alle wichtigen Informationen zum Projekt beinhaltet. Ratsuchende können sich über Kommentare in Facebookgruppen oder direkt auf der Projektseite an die Berater*innen wenden, die in über 500 Facebookgruppen der ukrainisch- und russischsprachigen Community in Deutschland aktiv sind. Für die Verweisberatung nutzen die Berater*innen unter anderem die Migrationsberatung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge ([BAMF-NAVi - Startseite](#)), die auf weitere Beratungsstellen verweist. Die eigenen Migrationserfahrungen der Berater*innen ermöglichen ihnen eine zielgruppenorientierte und muttersprachliche Beratung. Teil der Beratungsarbeit ist auch die Veröffentlichung von Informationsgraphiken beispielsweise zur Erstellung von Lebensläufen auf der Muttersprache der Ratsuchenden. Die häufigsten Themen der aufsuchenden digitalen Beratung im Projekt „Social Media Bridge“ beziehen sich auf die Wohnungssuche, den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen.

Fragen und Diskussion

Wie funktioniert die Verweisberatung für Menschen, die im ländlichen Raum leben?

Für die Verweisberatung wird die Liste der EhAP Plus-Projekte sowie die Suchmaschine der EU-Gleichbehandlungsstelle genutzt, bei der unterschiedliche Regionen ausgewählt werden können.

Wie geht ihr mit der Vielzahl an Fragen um, die ihr täglich bekommt?

Die Fragen werden nach Dringlichkeit sortiert und so schnell wie möglich beantwortet. Einige Fragen benötigen beispielsweise Recherche, bevor sie beantwortet werden können.